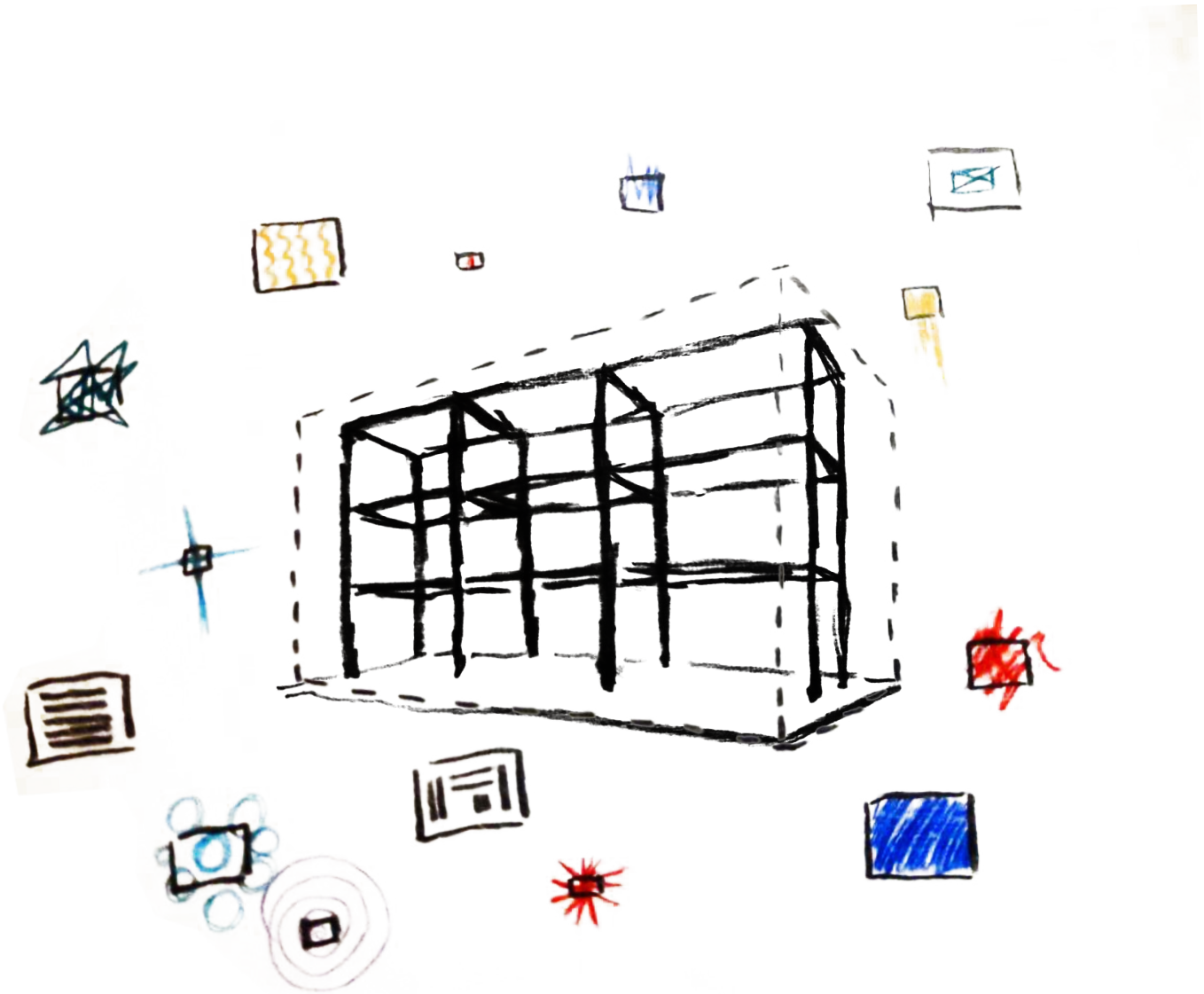
> Partizipative Planung auf Abstand <



>
Selbstbestimmtes Projekt zur Erforschung partizipativer Ansätze im Entstehungsprozess eines Hochschulneubaus in Weimar
<

∧ ∨

Dieser Abschlussbericht dokumentiert und reflektiert das freie, selbstorganisierte Projekte „Partizipative Planung auf Abstand“ des Sommersemesters 2020 an der Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung, Bauhaus-Universität Weimar.

Teilnehmer*innen: Katharina te Brake, Franziska Felger, Tillmann Gebauer, Julius Klöber, Judith Lederer

Alle hier aufgeführten Teilnehmer*innen haben sich an der Erstellung dieser Dokumentation beteiligt.

Wir danken Malena Rottwinkel und der Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung für die Betreuung des Projekts.

Bauhaus-
Universität
Weimar

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht kommerziell 4.0 International zugänglich. (CC BY-NC 4.0, https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/)

> Inhaltsverzeichnis <

> Anlass, Methode, Vorgehen < **6**

> Gelungene Partizipation < **7**

> Planung auf Abstand. Ist das möglich? < **9**

> Partizipation an Hochschulen < **10**

> Forschungsbau x.stahl: 2010 - 2020 < **13**

> Aktuelle Planungen und Herausforderungen < **14**

> Übersicht mit qualitativen leitfadengestützten Interviews < **15**

> Interviewsynthesen < **17**

> Formate - Planen mit Alltagsexpert*innen < **20**

> Beispiel-Formate für einen exemplarischen Partizipationsprozess < **22**

> Schlussfolgerung: Architektur von Allen für Alle < **32**

> Reflexion und Ausblick < **33**

> Quellen < **34**

> Anlass, Methode, Vorgehen <

Anlass des selbstbestimmten Projekts *Partizipative Planung auf Abstand* war, die Prozesse zum Thema Partizipation an der Bauhaus-Universität, die in den letzten Jahren durch verschiedene Projekte und Gruppen angestoßen wurden, zu begleiten und konstruktiv weiterzuführen. Der Diskurs um mehr Beteiligung an den Hochschulgeschehnissen – vor allem im Bereich der baulichen Entwicklung – wurde mit der Umgestaltung der Außenanlagen der Van-de-Velde-Bauten zwischen 2015 und 2019 angefacht. Da sich viele Personen im universitären Kontext nicht oder nicht ausreichend beteiligt fühlten, gab es unterschiedlichste Protestaktionen, die für mehr Einbeziehung und Mitsprachemöglichkeiten eintraten. Mit dem *Bündnis Partizipation* wurde eine Gruppe formiert, die genau diesen Bedürfnissen und Forderungen ein Sprachrohr geben sollte. In Kooperation mit dem Präsidium wurde im November 2018 der *Tag der Partizipation* organisiert. Hier wurden die verschiedenen Möglichkeiten sich zu beteiligen und die mögliche Implikation von Partizipation in verschiedensten Bereichen diskutiert.

Die Debatte wurde unter anderem im Wintersemester 2019/20 im Rahmen des Bauhaus. Moduls *Gemeinsam Planen?!* weitergeführt. Hier wurde – studentisch organisiert und durchgeführt – der Entwurf für eine Leitlinie entwickelt, die die Beteiligung bei baulichen Vorhaben an der Bauhaus-Universität regeln und in gemeinsame Bahnen lenken soll. Mit der hochschulöffentlichen Präsentation und Diskussion des Entwurfs der Leitlinie stand das Thema Partizipation erneut im Mittelpunkt. Genau hier wurde der nächste Schritt vom Präsidium selbst angestoßen: der Präsident der Bauhaus-Universität Weimar, Winfried Speitkamp schlug vor, die Leitlinie auf den geplanten Um- und Neubau des Experimentalbau des *x.stahls* als Testfeld anzuwenden. Hier konnte die Chance ergriffen werden, die noch theoretische Diskussion um die Leitlinie in die Praxis zu tragen.

Natürlich stand dann die Frage im Raum, wer die Entwicklung der Leitlinie weiter begleitet und wer den vorgeschlagenen Testlauf durchführt. Wir – Student*innen der Architektur und Urbanistik, Teilnehmer*innen und Organisator*innen des Bauhaus.Moduls und Mitglieder des *Bündnisses Partizipation* – nahmen uns vor, die Geschehnisse im Rahmen eines studentischen Projektes zu begleiten und zu untersuchen.

Hierfür wurden zu Beginn drei Fragstellungen entwickelt, mit denen in den Untersuchungsprozess eingestiegen wurde und die als Basis für die Recherche dienten. Im ersten Schritt musste klar gemacht werden, was sich hinter dem Begriff der Partizipation versteckt und wie gelungene Partizipation auszusehen hat. Da die Universität oftmals als Sonderfall in Fragen Partizipation und Beteiligung dargestellt wird, war ein weiterer Themenpunkt, die Besonderheiten und möglichen Herausforderungen bei der Partizipation an Hochschulen herauszuarbeiten. Damit Erfahrungen anderer Hochschulen mit ähnlichen Anliegen und Projekten auch in die Geschehnisse unserer Universität miteinbezogen werden können, wurden ergänzend zu den theoretischen Grundlagen auch praktische Beispiele bearbeitet. Um die Diskussion möglichst aktuell und die er-

arbeiteten Punkte auch unter den momentanen Umständen anwendbar zu machen, kam die Frage nach Partizipation auf Abstand auf. Hier sollten die durch COVID-19 nötigen Einschränkungen und Schwierigkeiten im Bereich der Partizipation untersucht werden. Als letzte des ersten Blocks wurde dann die Frage nach den bisherigen Planungen rund um den *x.stahl* gestellt, um auch die vergangenen Ideen und Entwicklungen in die Diskussion miteinzubeziehen.
Um anschließend Bezug auf die momentanen Gespräche und Pläne zu nehmen, bestand der nächste Schritt darin, leitfadengestützte Interviews mit den verschiedenen involvierten Personen und Interessensgruppen zu führen. Als erster Ansatzpunkt dienten hier die (in)formellen Kontakte, die im Rahmen von *Gemeinsam Planen?!* geknüpft wurden. Mit der Zeit kristallisierten sich weitere Gesprächspartner*innen heraus, sodass insgesamt acht Interviews mit zehn Personen durchgeführt wurden. Zur Auswertung wurden die Interviewergebnisse geclustert und zentrale Synthesen ausgearbeitet. Parallel zu diesen untersuchenden Schritten war es überdies Ziel, aktiv in das Geschehen einzuwirken und eine Idee für einen Beteiligungsprozess zu skizzieren. Um konkrete Vorschläge zu liefern, fand eine Beschäftigung mit exemplarischen Formaten und Methoden statt, die am Ende dieses Berichts zu finden sind.

>>

> Gelungene Partizipation <

Der Begriff der Partizipation ist in der heutigen Zeit viel genutzt und wenig definiert; es existieren unterschiedliche Verständnisse, was und wen gelungene Partizipation denn genau umfasst. Wir verstehen unter gelungener Partizipation das Mitgestalten und Mitentscheiden der Nutzer*innen. Dies wird auf der Basis des aktiven Erfragens der Bedürfnisse, Ideen, Vorstellungen, Meinungen und Wünsche der Nutzer*innen erreicht. Ziel ist es, zu einem Konsens über die zukünftige Gestalt, Nutzung und Funktion von Räumen zu gelangen und diese für alle besser zu gestalten. Um das Erreichen dieses Ziels konsequent sicherzustellen, werden die folgenden fünf grundsätzlichen Kriterien erfolgreicher Beteiligung definiert. Sie müssen bei jedem Vorhaben im Beteiligungsprozess klar erkennbar sein.
Transparenz ist eine Grundvoraussetzung für einen partizipativ erfolgreichen Planungsprozess. Alle Bedürfnisse und Perspektiven, Inhalte und Hintergründe werden klar und offen kommuniziert. Die Transparenz soll dabei einen einheitlichen Informationsstand ermöglichen, welcher als Grundlage für den weiteren Partizipationsprozess dient. Zwischenstände, Ergebnisse sowie die Mitwirkenden werden fortlaufend kommuniziert und vollständig und offen zugänglich dokumentiert. Eine übersichtliche und gebündelte Bereitstellung von Informationen ist hierbei von höchster Relevanz. Zudem werden der Ablaufplan und die Termine des Partizipationsprozesses bekannt gemacht. In diesem Zuge werden auch die unterschiedlichen Partizipationsformate und Kommunikationswege aufgezeigt und verständlich erklärt. Für jeden Schritt des Partizipationsprozesses sind die verantwortlichen Ansprechpersonen klar definiert. Die Ausbildung von Hierarchien und Nachteilen aufgrund eines unterschiedlichen Informationsstands werden vermieden und Beteiligung auf Augenhöhe angestrebt. Dies sind die Grundlagen für

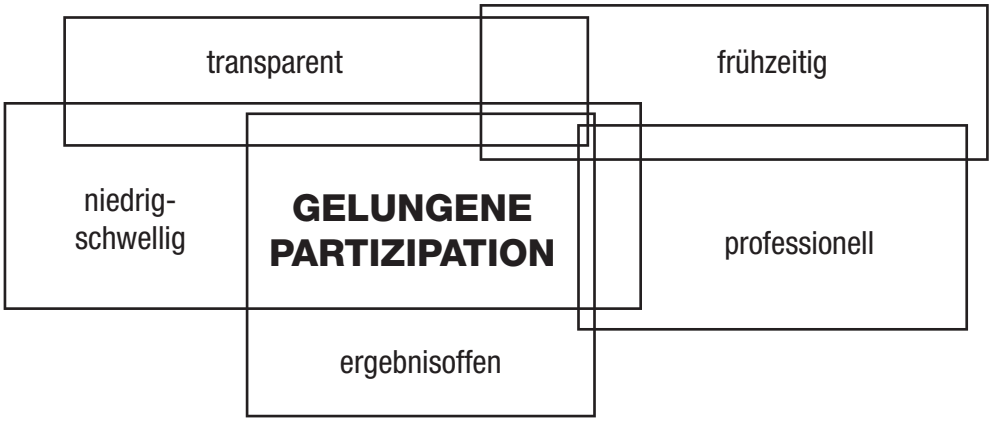


Abb. 1: Die 5 Schlagwörter der gelungenen Partizipation (eigene Darstellung).

eine gemeinsame und vertrauensvolle Handlungsbasis sowie ernsthafte und konstruktive Aushandlungsprozesse.

Erfolgreiche Partizipation ist **niedrigschwellig**. Die Zielgruppen werden von den Durchführenden aktiv angesprochen und eingeladen, um am Partizipationsprozess teilzunehmen. Die Ansprache und Einladung müssen wiederholt geschehen, attraktiv und keine reine Information sein. Neue Räume und spannende Methoden bieten Inspiration, um ein motiviertes Einbringen und Engagement aller zu fördern. Um möglichst alle zu erreichen, sind überdies niedrigschwellige und zielgruppenspezifisch angepasste Partizipationsformate auszuwählen. Diese müssen zu variierenden Tageszeiten, mit unterschiedlicher Dauer und auf die verschiedenen Kompetenzen und Fachwissensstände der Teilnehmer*innen eingehend angeboten werden. Zur Klärung möglicher Fragen gibt es unkomplizierte Angebote und klare Ansprechpersonen. Es werden vielfältige Kommunikationsformen und Informationskanäle analog wie auch digital bespielt. Außerdem wird das niedrigschwellige Angebot einer räumlichen Anlaufstation und ihrem digitalen Äquivalent geschaffen, welche die Inhalte und Informationen bündeln und zugänglich machen. Zur breiteren Beteiligung werden die Formate mindestens auf Deutsch und Englisch durchgeführt sowie in verständlicher Sprache gehalten und mit leicht lesbaren Plänen ausgestattet. Nur durch das Abrufen von (Alltags-)Wissen möglichst vieler Interessensgruppen – insbesondere derer, die schwer zu erreichen sind – können bestmöglich nutzbare Räume geschaffen werden.

Anstehende Entwicklungen und Veränderungen müssen allen **frühzeitig** bekannt gemacht werden. Nur so kann ihnen Zeit zur Meinungsbildung gegeben und schließlich Mitbestimmung sowie konstruktive Kritik ermöglicht werden. Die Beteiligung muss bereits bei der Strategieplanung und den Problemanalysen – und damit möglichst frühzeitig – geschehen. Nur so können echte Einflussnahme und Ergebnisoffenheit des Partizipationsprozesses garantiert werden. Auch zu späteren Zeitpunkten können Partizipationsprozesse noch angestoßen werden und zu ergebnisorientierten Planungen beitragen, büßen dabei allerdings Handlungsfähigkeit ein.

Ein partizipativer Planungsprozess ist durch **Ergebnisoffenheit** gekennzeichnet und nicht von vornherein auf ein bestimmtes zu erzielendes Endergebnis festgelegt. Das Ergebnis bleibt gestalt- und veränderbar. Es muss sich auch grundlegend über zukünftige Vorhaben unterhalten werden dürfen und die Möglichkeit der Ablehnung von neuen Projekten gegeben sein. Eine klare Rahmensetzung in Bezug auf den Gegenstand der Beteiligung und die Gestaltungsspielräume ist hierbei aber genauso wichtig. Nur dadurch wird den Meinungen der

Nutzer*innen eine größtmögliche Ernsthaftigkeit, Wertschätzung und echtes Interesse entgegengebracht und keine Person wird in ihren Erwartungen getäuscht.
Ein Partizipationsprozess ist, genau wie ein Bauvorhaben, ein kompliziertes fachliches Unterfangen, das **Professionalität** verlangt. Eine Vielzahl von Interessen und Perspektiven müssen produktiv zusammengebracht werden, wozu es eine neutrale Moderation braucht. Es erfordert Fachwissen und Erfahrung bei der strategischen Planung und erfolgreichen Durchführung eines Partizipationsprozesses. Gelungene, von Fachleuten durchgeführte Partizipationsformate mit verwertbaren Ergebnissen müssen durch die Verantwortlichen erst ermöglicht werden. Hierfür sind die nötigen finanziellen, personellen und sonstigen Ressourcen bereitzustellen. Mit den Verantwortlichen sind die Entscheidungsträger*innen gemeint. Sie sind diejenigen, die Partizipationsprozesse am besten und effektivsten anstoßen können. Damit diese wiederum die hier aufgeführten Kriterien vollständig und zufriedenstellend erfüllen, müssen die Verantwortlichen aktiv einen Teil ihrer Macht abgeben und an die zu Beteiligenden übergeben: nur mit gegenseitigem Entgegenkommen können die Beteiligungsprozesse effektiv und sinnvoll funktionieren.

>>

> Planung auf Abstand. Ist das möglich? <

Partizipation lebt von Austausch und Dialog zwischen Nutzer*innen, Anwohner*innen und Planer*innen. Beteiligung ohne Kontakt vor Ort scheint kaum vorstellbar, aber Präsenzveranstaltungen sind nun aufgrund des COVID-19-Virus – vorläufig – nicht mehr möglich. Die Mehrzahl der geplanten direkten Beteiligungsformate wurde abgesagt und es ist fraglich, wie die Diskussionen und schlussendlich auch Inhalte noch eingefangen werden können (bipar 2020: 4). Die Stadt Frankfurt am Main beispielweise hat als Reaktion einen Beteiligungsprozess zur Etablierung mehrerer Quartiere im Nordwesten der Stadt abgeändert und führt, statt der für Mitte Mai geplanten Dialogveranstaltung vor Ort, nun ein dreiwöchiges Onlinebeteiligungsformat durch (Romahn 2020). Die Bürger*innen der Stadt können die sieben städtebaulichen und landschaftsplanerischen Entwicklungskonzepte auf dem bereits vorher bestehenden Frankfurter Bürger*innenbeteiligungsportal kommentieren – der Rücklauf ist bisher gering und vor allem die Zugänglichkeit der Pläne sowie die Verständlichkeit der Konzepte werden bemängelt (Stadt Frankfurt am Main o.J.).
Erste Versuche erscheinen als nicht besonders zufriedenstellend und die Möglichkeiten zur Reaktion auf die Pandemie sind beschränkt. Um eine räumliche und auch zeitliche Entkopplung zu erzielen, werden die Prozesse meist in das Digitale verlagert. Der digitalen Partizipation immanent sind die bekannten Hürden: der Zugang zu entsprechenden Geräten, Fähigkeiten im Umgang mit diesen und die Bereitstellung eines Zugriffs in leichter Sprache. Zusätzlich bedeuten insbesondere Beteiligungsforen einen erhöhten Arbeitsaufwand bei der Aufbereitung der Informationen und in der Auswertung der Stellungnahmen als direkte Beteiligung. Dies kommt zum größten Teil daher, dass direkte Nachfragen nicht möglich sind und Kompe-

tenzen im digitalen Umgang auf Seiten der Verwaltung fehlen (MIL o.J.). Weiterhin ist bei der Verlagerung auf ausschließlich digitale Partizipationsmethoden fraglich, inwieweit politische Teilhabemöglichkeiten und die Gruppe der Teilnehmer*innen verändert oder gar eingeschränkt werden (bipar 2020: 4). Besonders ist hierbei zu beachten, dass davon ausgegangen werden kann, dass digitale Beteiligung nur erfolgreich ist, wenn Beteiligung generell in Politik sowie Zivilgesellschaft große Bedeutung hat (MIL o.J.).

Bisher wurden digitale Beteiligungsformate immer nur als Ergänzung von direkten Formaten und zur Informationsbündelung genutzt. Diese Bewertung wird sich wohl ad hoc auch nicht ändern und es kann davon ausgegangen werden, dass digitale Beteiligung nach einer Lockerung der Kontaktbeschränkungen wieder nur eine ergänzende Funktion haben wird (bipar 2020: 10). Dennoch kann die Zeit genutzt werden, neue Partizipationsformate zu entwickeln und diesen eine größere Bedeutung zuzumessen. Digitalisierung sollte hierbei als langfristige Chance gesehen werden und die Verknüpfung von digitalen und analogen Beteiligungsformaten im Vordergrund stehen. Besonders von Bedeutung ist hierbei, dass Planung auf Abstand nicht mit Online-Partizipation gleichgesetzt wird, sondern auch analoge und digitale Formate vor Ort erdacht und umgesetzt werden. Dies können beispielsweise analoge Umfragen vor Ort und Informationsmodule sein.

>>

> Partizipation an Hochschulen <

Abb. 2: Das Studierendenwohnheim Sigmunds Hof, erarbeitet mit niedrigschwelligen partizipativen Formaten. (deutscherbauherrenpreis.de)

In Diskussionen wird Partizipation an Universitäten meist als kompliziert dargestellt. Dabei gestaltet sie sich häufig einfacher als sonst, denn Partizipationsprozesse bei Bauvorhaben an Universitäten haben im Vergleich zu denen im öffentlichen Raum eine leichter abzugrenzende Nutzer*innenstruktur, sodass das Interessensspektrum überschaubarer ist. Der öffentliche Raum hingegen ist hinsichtlich seiner Nutzer*innen unübersichtlicher, denn potenziell jede*r quert ihn. Somit lässt sich ein Partizipationsprozess an Hochschulen, wenn er als Entscheidungskompetenz aller verstanden wird (Arnstein 1969: 216 ff.), einfacher gestalten als mit einer gesamten Stadtgesellschaft. Weiterhin gibt es bestehende universitätsinterne Kommunikationswege und recht klare Verhältnisse, die jedoch zumeist hierarchisch geprägt sind.

Allgemein wird versucht, die Interessen der Student*innenenschaft in der Universitätslandschaft Deutschlands – so auch an der Bauhaus-Universität Weimar – durch institutionalisierte Gremien, in denen Mitbestimmung durch gewählte Vertreter*innen möglich gemacht wird, zu vertreten. Doch dabei kann es häufig zu Fehleinschätzungen der Bedürfnisse der Vertretenden kommen, weshalb Charlotte Reineke, Sozialwissenschaftlerin an der Ruhr-Universität Bochum, in ihrem Vortrag *Partizipative Hochschule* zum *Tag der Partizipation* 2018 an der *Bauhaus-Universität Weimar* Mitbestimmung klar von Partizipation unterscheidet (Bündnis Partizipation 2019: 12). Sie beschrieb die Institutionalisierung von Beteiligungsmöglichkeiten als Mitbestimmung, bei der Gefahr läuft, dass sie nur repräsentativ ist, um dadurch den Prozess als demokratische Teilhabe legitimieren zu können (ebd.). Dabei ist dieser zumeist zeitintensiv und langfristig und der Schritt zur Beteiligung an solchen Gremien ist nicht niedrigschwellig. Eine dagegen über die Mitbestimmung hinausgehende Beteiligungsmöglichkeit sei die direkte Partizipation, so Reineke (ebd.). Dabei wird die Form der Teilhabe von den Beteiligten ausgesucht und nicht durch Hürden wie Institutionalisierung beziehungsweise Formalisierung weniger greifbar gemacht (ebd.). Durch diese Möglichkeit der „individuellen Artikulation“ (ebd.) der jeweiligen Bedürfnisse kann sogenanntes „gesellschaftlich robustes Wissen“ (Hofmann 2014: 20) von Alltagsexpert*innen generiert und eine Kommunikationsbasis sowie eine Steigerung der Akzeptanz für Entscheidungen geschaffen werden. Dafür braucht es, laut Reineke, klar vorstellbare Projekte, in denen die Expertise der potenziellen Nutzer*innenschaft unabdingbar ist (Bündnis Partizipation 2019: 12). Dies kann beispielsweise bei Bauprojekten oder bei der Entwicklung von Leitbildern passieren.

Partizipation an Hochschulen ist zudem besonders, weil die Nutzer*innenschaft so divers und teilweise schnelllebig ist. Hierbei ist zu beachten, dass es neben den Student*innen noch weitere Statusgruppen gibt, die zu beteiligen sind. Diese belaufen sich laut Thüringer Hochschulgesetz und Grundordnung der *Bauhaus-Universität Weimar* auf die Hochschullehrer*innen, die akademischen Mitarbeiter*innen sowie die Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung (§ 4 Abs. 2 GO, § 21 Abs. 2 ThürHG). Dass Veränderungen an Universitäten, ergänzend zu institutionalisierten Gremien, partizipativ gestaltbar sind und gleichzeitig gute akzeptanzsteigernde Ergebnisse resultieren, lässt sich beispielhaft an zwei Projekten von unterschiedlichen Planungsbüros beziehungsweise Kollektiven zeigen.

Zum einen ist hierbei das von Susanne Hofmann geleitete Berliner Planungsbüro *die Baupiloten BDA* zu nennen, welches sich auf partizipative Architektur spezialisiert. Erklärtes Ziel ist es, Beteiligung im System der Architektur einzubringen, wobei der Schwerpunkt vor allem im Bildungs- und Wohnungsbau mit meist experimenteller Ausrichtung liegt. Es gilt, passende Beteiligungsformen für Entwurfsprozesse, welche die Akzeptanz von Architektur erhöhen

können, zu finden. Die im folgenden Beispiel angewandte *Baupiloten-Methode*, welche eine ergebnisorientierte Architekturentwicklung darstellen soll, arbeitet mit drei Gruppen, den Nutzer*innen, Architekt*innen und Bauherr*innen. Mit diesen werden die folgenden fünf Schritte gemeinsam bearbeitet: Dialog, Nutzer*innenalltag, Wunschforschung, Visionen/Ideen und zum Schluss die Rückkopplung.

Das Projekt *Sigmunds Hof* aus dem Jahr 2007 lässt sich als gutes Praxisbeispiel heranziehen. Es handelt sich hierbei um ein Student*innenwohnheim in unmittelbarer Nähe zur Technischen Universität Berlin sowie Universität der Künste zwischen Spree und Tiergarten. In diesem Fall wurde ein Wohnheim und nicht die Universität selbst umgebaut, doch die Nutzer*innen- und Expert*innengruppe ist die ähnliche. Bei der Umgestaltung wurden die Ideen und Wünsche der Student*innen aufgrund ihrer Erfahrung im studentischen Wohnen oder mit Wohnheimen miteinbezogen (Hofmann 2014: 142). Anhand eines Planspiels, Atmosphärencollagen, Kartierungen sowie Interviews wurden die Wohnwünsche der anonymen Nutzer*innengruppe erforscht (ebd.). In Zusammenarbeit mit Architekturpsycholog*innen wurden die Ergebnisse in greifbare Anforderungen übersetzt. Dabei kam heraus, dass neben der Gestaltung der Privaträume vor allem die Außenanlagen als Naturerlebnisräume des gemeinsamen Arbeitens und Lebens gewünscht werden (ebd.: 146). Um diesen Vorstellungen der Student*innen in den architektonischen Übersetzungen gerecht zu werden und das Ergebnis zu legitimieren, wurden die Entwurfsansätze in Ausstellungen präsentiert und die Möglichkeit der Rückkopplung gegeben (ebd.: 142). Am Ende des Partizipationsprozesses stellten sich sowohl das Bedürfnis nach pulsierender Großstadt als auch nach dem ruhigen Leben in der Natur heraus, welche in der Umsetzung nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung gedacht und realisiert wurden (ebd.).

Exemplarisch für Partizipation an Hochschulen ist auch die *ContainerUni Friedrichshafen*. An der *Zeppelin Universität* wurde während der Bauarbeiten für einen neuen Campus ein temporärer Campus gefordert, der im Beteiligungsprozess mit den Nutzer*innen, einem Architekturbüro und den Künstler*innen Margit Czenki sowie Christoph Schäfer von der *PlanBude* in Hamburg entstanden ist (Bündnis Partizipation 2019: 13). Es bestand der Wunsch mit den geplanten 180 Containern und einer Schnellbauhalle eine Diversität und Qualität von Räumen zu schaffen, die mit den eintönigen und günstigen Bauelementen spielen. Mit der intensiven Beteiligung am Planungs- und Gestaltungsprozess unter Zeitdruck, der sogenannten Wunschproduktion, wurden die Wünsche, Vorlieben, Vorstellungen von Raumstimmungen und Gestaltungsideen abgefragt und entwickelt, so Czenki in ihrem Vortrag beim *Tag der Partizipation* 2018 (ebd.). Es wurden, ähnlich den Baupiloten, Atmosphären vorstellbar gemacht, um sich der Gestaltung zu nähern. Aus diesem Prozess entstanden partizipativ elf Seminarräume, 80 Büros, ein Check-In, eine Mensa mit Café, Arbeitsräume sowie ein studentisch verwaltetes Campusgebäude. Also ein vollwertiger Campus, der sich nicht als Provisorium darstellte (ebd.).

Anhand des beschriebenen Partizipationsprozesses lässt sich die Notwendigkeit der Teilhabe potenzieller Nutzer*innen begründen. Dabei sind Niedrigschwelligkeit und Ergebnisoffenheit wichtig, um allen Ideen, Emotionen und Bedürfnissen Raum zu lassen. Das Argument, das die Nutzer*innengruppe im Kontext von Hochschulen wechselt und daher Partizipation erschwert wird, ist redundant, da es eine ähnlich zusammengesetzte Personengruppe ist, die auch für die Interessen zukünftiger sprechen kann.

>>

> Forschungsbau x.stahl: 2010 - 2020 <

Am 07.10.2010 wurde auf dem Campus der *Bauhaus-Universität Weimar* ein bauliches Objekt mit einer Raumdimension von 12x18x9,78 Metern eingeweiht. Es wurde in Zusammenarbeit zwischen Universität und Projektpartner*innen aus Wirtschaft sowie Verbänden der Stahlindustrie verwirklicht. Seitdem befindet sich ganz in der Nähe des Hauptgebäudes der Universität eine Grundplatte aus bewehrtem Beton, welche acht Stützen einer Primärkonstruktion aus mächtigen Stahlträgern aufnimmt (Rudolf 2010). Die räumliche Anordnung des Bauwerkes folgt dem vorgesehenen Raster des Masterplans zur städtebaulichen Entwicklung des Hochschulstandortes im südlichen Bereich des Hauptgebäudes. Der Masterplan ist das Ergebnis eines Wettbewerbes, der 1996 ausgerufen wurde und an dem 223 Büros teilnahmen. Der Plan sieht ein Raster vor, auf dem kubische Solitäre angeordnet werden und ermöglicht so eine fortlaufende und kontinuierliche, bauliche Entwicklung (Radecke 1996).

Als „Adresse angewandter Architekturforschung“ (Rudolf 2010) ist die Trägerkonstruktion in der Lage Raumkuben und wechselnde Fassadenexperimente aufzunehmen. Hier sollten Konstruktion und Dekonstruktion von Architektur fortlaufend erprobt, beobachtet und erforscht werden (ebd.). Auf einer Webseite der Universität wird ein Raum- und Nutzungskonzept beschrieben, welches bisher so allerdings nicht umgesetzt werden konnte. Das Konzept sah eine Ausstattung vor, die bautechnische Großversuche ermöglichen sollte sowie Raumeinheiten für Arbeitsbereiche, Werkstatt, Labor, Ausstellungs- und Seminarbereich (Rudolf 2010). Zu beobachten waren in den letzten Jahren ständig wechselnde Fassaden-Prototypen im Maßstab 1:1. Einige studentische Wettbewerbe und Entwurfsprojekte beschäftigten sich mit einer

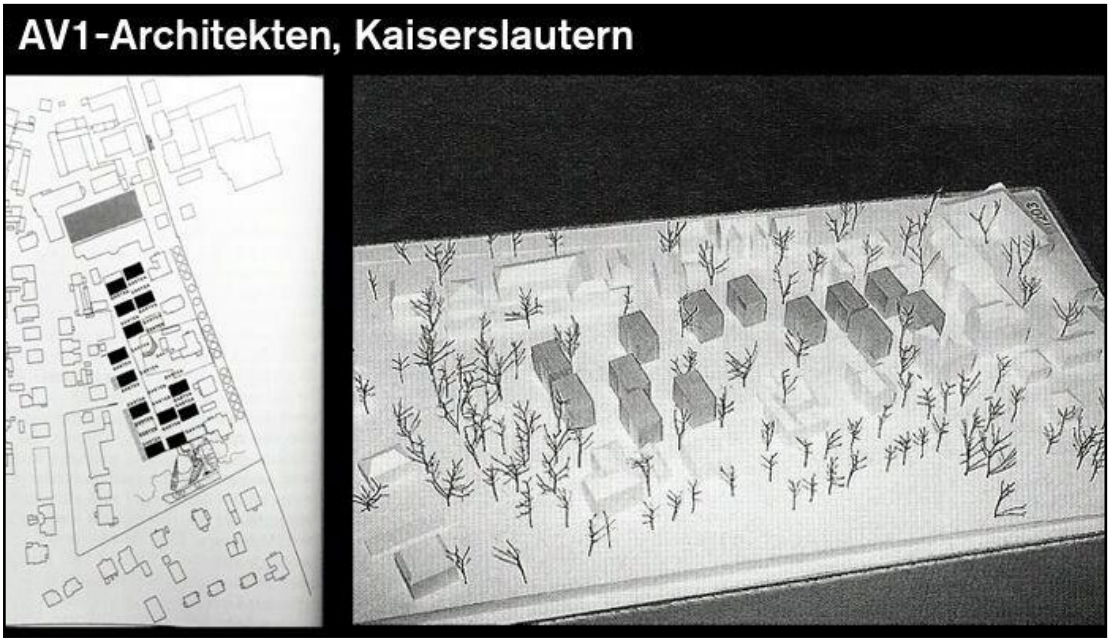


Abb. 3: Darstellungen zum sogenannten Masterplan der weiteren baulichen Entwicklung auf dem Van-de-Velde-Campus. Zu sehen sind 13 Baufelder für neue Studienhäuser. Der x.stahl nimmt eines dieser Felder ein. (Redecke 1996).

konkreteren architektonischen Ausgestaltung (Rudolf 2020).
Seit 2016 ist der x.stahl als Standort einer Hochschulgalerie im Gespräch. Spätestens mit dem *Struktur- und Entwicklungsplan 2025* der *Bauhaus-Universität Weimar* (STEP 2025) wird dem zukünftigen Universitätsgebäude neben der Ausstellung auch die Funktionen einer Lern- und Forschungswerkstatt zugeschrieben (BUW 2019b: 1). Diese sind im *STEP 2025* folgendermaßen beschrieben: „Das vorgesehene Gebäude verbindet eine Galerie (für die entwerfenden und künstlerischen Bereiche der Universität), eine Lernwerkstatt (mit studentischen Arbeitsräumen) und eine Forschungswerkstatt (mit Arbeitsräumen für Fellows)“ (ebd.). Für den Neubau und seine Ausstattung wird der Mittelbedarf momentan auf 1,5 Millionen Euro geschätzt (ebd.: Anlage 2).

>>>

doch seit Beginn der Planungsphase nicht gegeben. Es gab zwar verschiedene studentische Projekte und Wettbewerbe, doch sprachen diese immer nur Student*innen von bestimmten Fakultäten an. Mit den Begriffen Galerie und Lern- und Forschungswerkstatt wurden im *STEP 2025* inzwischen Nutzungen festgelegt. Ein ergebnisoffener Beteiligungsprozess ist dementsprechend erschwert. Allerdings sind die Begriffe Galerie, Lern- und Forschungswerksatt noch nicht definiert, recht unspezifisch und somit weit auslegbar. Lediglich für die Galerie besteht bereits ein Entwurf für ein Konzept, welches aber auch nicht hochschulöffentlich zugänglich ist. Es ist anzunehmen, dass den meisten Unbeteiligten, aber auch Beteiligten unklar ist, welche konkreten Vorstellungen sich hinter den drei Begriffen verbergen. Ebenso vage scheint, wer welche Zuständigkeiten innehat. Daher ist es wichtig, dass Informationen rund um den *x.stahl* gebündelt und strukturiert zugänglich gemacht werden, sodass jede Person diese verstehen kann und somit Niedrigschwelligkeit und Transparenz gegeben ist.
Ein klassischer partizipativer Prozess wird zwar durch die Covid-19-Pandemie und die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen erschwert, kann jedoch durch kontaktlose Beteiligungsangebote kompensiert werden. Sobald sich die Lage wieder normalisiert hat, kann eine Mischform aus Präsenz- und Onlineformaten angestrebt und geplant werden. Dabei sollte professionelle Unterstützung in Anspruch genommen werden, um einen qualitativ hochwertigen Beteiligungsprozess zu garantieren. Die *x.stahl*-Planungen sind zwar schon gestartet und Partizipation auch nicht mehr makellos durchführbar, dennoch ist es eine Chance einen gelungenen partizipativen Prozess durchzuführen und ein den Umständen entsprechend optimales Ergebnis zu erzielen.

>>>

rigen Austausch mit anderen Personen, Gremien oder Institutionen sowie die Bewertung des bisherigen Planungsprozesses. Im dritten Teil ging es um Partizipation, genauer um das Partizipationsverständnis der Befragten, welchen Stellenwert sie Partizipation im Prozess um den *x.stahl* beimessen würden sowie die Frage, wer auf welche Art und Weise beteiligen zu sei.
Selbstverständlich sollte ein möglichst breites Spektrum an im Prozess Aktiven abgedeckt werden. Aber da der bisherige Prozess nicht von festen Strukturen und Ansprechpartner*innen geprägt und nicht transparent zugänglich ist, selbst nach Gremientätigkeiten, Organisation der Veranstaltung *Tag der Partizipation*, Teilnahme und Organisation an einem Seminar zur Beteiligung bei Bauvorhaben und ausführlicher Beschäftigung mit dem Thema, wurden die Interviewpartner*innen auf der Basis von informellem Austausch mit am Prozess Beteiligten kontaktiert. Hierbei waren hauptsächlich die Kontakte, die aus dem Seminar *Gemeinsam Planen?!* folgten, Ansatzpunkt. Weitere Interviewpartner*innen kamen ganz im Sinne des explorativen Charakters erst im Verlaufe der Zeit hinzu.
Rückblickend lassen sich die zehn Befragten gemeinsam mit weiteren Angefragten in vier inhaltliche Schwerpunkte unterteilen. Björn Dahlem, Professor für Skulptur, Objekt, Installation; Jana Gunstheimer, Professorin für Experimentelle Malerei und Zeichnung; Johannes Kühn, Professor für Entwerfen und Baukonstruktion, und Katharina Wendler, wissenschaftliche Mitarbeiterin von Björn Dahlem, beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Konzept der Hochschulgalerie. Der Fokus der Aktivitäten von Mats Werchohlad und Andreas Mai von der Universitätsentwicklung sowie des Vizepräsidenten für Studium und Lehre, Christian Koch, der leider ein Interview ablehnte, kann bei der Lernwerkstatt verortet werden. Ebenso kann Luise Lubk vom Career Service, als potenzielle Nutzerin dieses Raums, der Lernwerkstatt zugeordnet werden. Mitarbeiter*innen des Dezernats Forschung und Lehre der Bauhaus Research School haben an andere Interviewpartner*innen zurückverwiesen oder waren nicht im Prozess beteiligt, sodass von der Seite dieser und zu der Konzeption der Forschungswerkstatt keine Informationen gesammelt werden konnten. Dementgegen gab es mehrere Interviewpartner*innen, die sich mit dem Themenkomplex Bauen an Hochschulen und Beteiligung beschäftigen oder sich dem Objekt *x.stahl* zuordnen lassen. Hierzu zählt Bernd Rudolf, der Dekan der Fakultät Architektur und Urbanistik; Horst Henrici, der Kanzler der Universität sowie Uwe Hoyer,

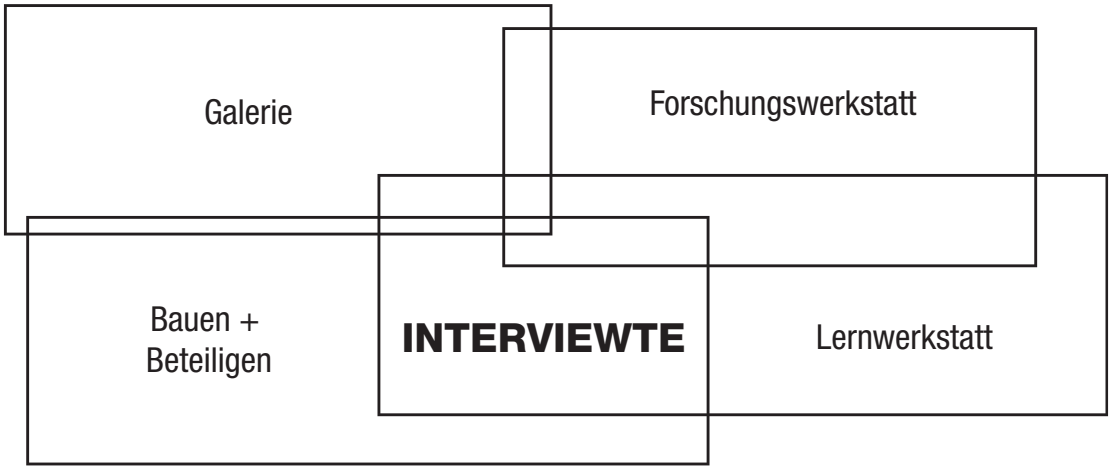


Abb. 5: Themenschwerpunkte der Interviewpartner*innen (eigene Darstellung).

der Dezernent für Finanzen. Mit dem Servicezentrum Liegenschaften konnte aufgrund von personellen Veränderungen leider kein Interview stattfinden und es wurden an Herrn Hoyer verwiesen. Der Präsident der Universität, Winfried Speitkamp, lehne ebenfalls ein Interview ab, war aber zu einem Austausch über den weiteren Verlauf bereit. Weiterhin wurden Matti Drechsel als ehemaliges studentisches Mitglied des Baubeirats und Antonia Stuhm als Vorstand des StudierendenKonvents interviewt. Sicherlich fehlen einige in den Prozess Involvierte und damit bedeutende Aspekte, Einschätzungen und Meinungen. Dennoch erlauben die durchgeführten zehn Interviews einen ersten Einblick.
Dieser sollte mit Hilfe einer Teiltranskription und einer qualitativen Inhaltsanalyse in Clustern erreicht werden. Hierbei wurden die Aussagen der Interviewpartner*innen in die folgenden sieben Cluster eingeteilt: eigene Rolle, Wissen zum *x.stahl*, geplante Nutzungen, aktiv Planende und Konzipierende, Einschätzung der zu Beteiligenden, Bewertung des Planungsprozesses und Partizipationsverständnis. Die Aussagen aus den verschiedenen Interviews wurden auf dieser Grundlage zusammengeführt und Differenzen und Widersprüche sowie Synergiepotenziale herausgearbeitet, die im nachfolgenden Text vorgestellt werden.

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

> Interview-synthesen <

Bei der vergleichenden Analyse der eingenommenen Rollen im Prozess ist zunächst auffällig, dass das Präsidium als steuernd gesehen wird. Die Hochschulleitung ist dafür verantwortlich die Vorstellungen zum neuen Gebäude zusammenzutragen. Alle weiteren Akteur*innen nehmen sehr variable Rollen ein. Sie rangieren in einem Spannungsfeld zwischen Begleitung der Planung des Baus und der reinen nutzungskonzeptionellen Entwicklung. Die Rollen sind teilweise selbstgewählt, gingen aus konkreten Beauftragungen durch das Präsidium hervor oder entsprechen der jeweiligen Anstellung an der Universität. Student*innen oder studentische Vertreter*innen spielen in dem bisherigen Prozess um den *x.stahl* keine aktive Rolle. Bestehende Hierarchien an der Uni werden in dem Planungsprozess um die Hochschulgalerie und die Lern- und Forschungswerkstatt in den eingenommenen Rollen und dem damit verbundenen Kenntnisstand deutlich.
Diese Wissenshierarchien haben sich in den Interviews deutlich widergespiegelt. Diejenigen, die aktiv in die Nutzungskonzeption oder die Gebäudeplanung einbezogen sind, haben ein umfangreiches Wissen, aber meist lediglich zu ihrem Bearbeitungsbereich. Eine weitere Differenz ist die Interpretation des individuellen Wissens und die daraus abgeleiteten Verantwortungsbereiche und Erwartungshaltungen an andere im Prozess Beteiligte. Der Zugang zu Informationen zum Prozess und zu Möglichkeiten der Mitwirkung ist für außenstehende Universitätsmitglieder sehr beschränkt. Die bisher bestehenden Nutzungskonzepte scheinen für die meisten Beteiligten nicht verknüpft und es bestehen große Unklarheiten über die Funktionen und die Bedeutung der Begriffe Hochschulgalerie, Lern- und Forschungswerkstatt. Die Inhaltsoffenheit, besonders der Begriffe Lern- und Forschungswerkstatt, scheint den Interviewpartner*innen

eine gemeinsame Sprache zu erschweren. Hinzu kommt, dass unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Interessen und Bedürfnisse verfolgt und bereits mit den angesprochenen Nutzungskonzepten verknüpft werden. Auf der anderen Seite wird in der Offenheit und Unbestimmtheit der Begriffe und Konzepte auch die positive Möglichkeit einer vielfältigen und individuellen Nutzung gesehen. Es wurde beschrieben, wie sich dieses Prinzip beispielsweise in einer modularen und flexiblen Bauweise materialisieren kann und das Gebäude so zukünftig in der Lage ist, auf wechselnde Bedarfe zu reagieren. Das Zusammenbringen der Konzepte in einem Gebäude wird teilweise kritisch gesehen und einer Funktionsüberladung mit dem Verlust der individuellen Leistungsfähigkeit der Konzepte gleichgesetzt. Es lässt sich festhalten, dass der Neubau mit hohen Erwartungen verknüpft ist, da etliche Funktionen, Konzepte und universitäre Visionen zusammengedacht werden sollen. Schon im *STEP 2025* wird beschrieben, was in einigen Interviews ebenfalls betont wurde: der Neubau auf dem Gelände des *x.stahls* soll das Selbstverständnis von einer interdisziplinären, innovativen, partizipativen und flexiblen Universität widerspiegeln.

Die bisher aktiv in die Planung und Konzeption Einbezogenen sind entweder direkt beauftragt worden, ein Konzept zu entwickeln oder die Entwicklung des Konzepts, beziehungsweise die Planung des Bauvorhabens, liegt bereits ursprünglich in ihrem konkreten Zuständigkeits- und Arbeitsbereich an der Universität. Einige wenige wurden direkt angesprochen sich an der Konzeption oder Bauplanung zu beteiligen. Konkrete Mitwirkungsangebote für Außenstehende sind bisher nicht öffentlich ersichtlich. Es scheint also so, dass eine weitere Beteiligung nur durch eine Selbstermächtigung möglich ist. Dies setzt aber Ressourcen wie Wissens- und Informationszugang, Kontakte, Zeit sowie Fähigkeiten und Kenntnisse, die in der Planung einen Mehrwert bringen, voraus. Potenzielle Nutzer*innen und Betroffene werden nicht aktiv in den Prozess eingebunden und es scheint, als wäre die Frage, wer diese sein könnten und wer weitergehend zu beteiligen ist, noch nicht einmal gestellt worden. Der Prozess wird dementsprechend ausschließlich von einem kleinen Kreis vorange-

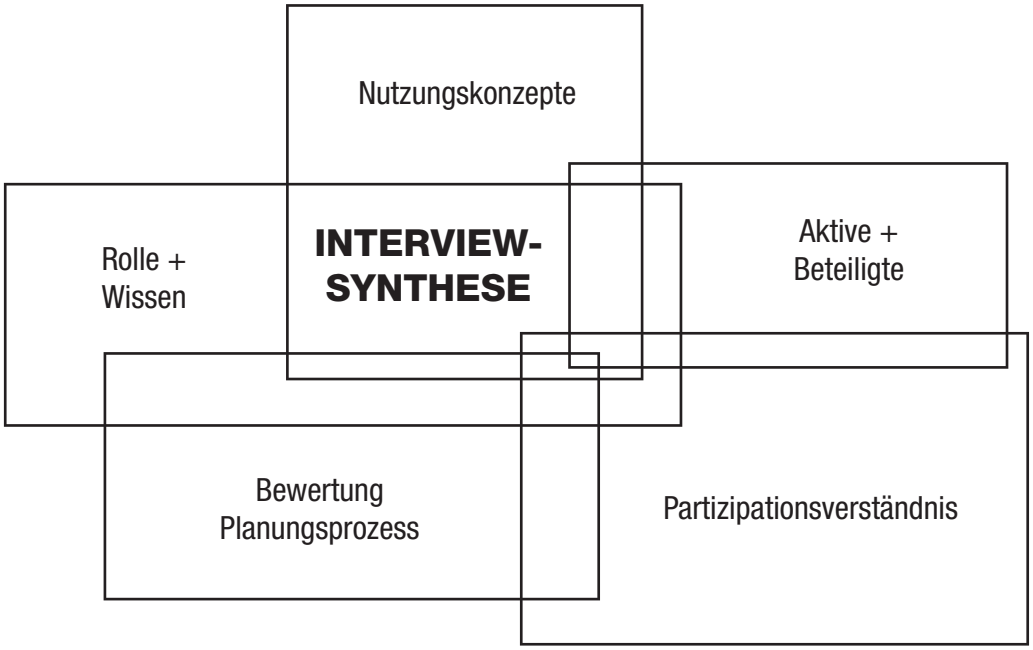


Abb. 6: Cluster für die Interviewsynthese (eigene Darstellung.)

trieben und die einzige Möglichkeit, involviert zu werden, ist selbstermächtigte Beteiligung. Allerdings stellt sich hier die Frage, inwiefern es ausreichen kann, auf das Engagement anderer zu hoffen oder ob es nicht eher Aufgabe der bisher Beteiligten ist, aktiv auf das Wissen der Alltagsexpert*innen zugreifen zu wollen und proaktiv Mitglieder der Universität einzubinden, um dem formulierten Neubauanspruch eines Raums der Begegnung nach bester Möglichkeit zu entsprechen.

Bei der Frage, wer noch am Prozess beteiligt werden sollte und auf welche Art waren die Antworten sehr unterschiedlich, aber grundsätzlich vage. Das Spektrum reichte von der Zielgruppe der Lern- und Forschungswerkstatt, ohne dass diese näher definiert werden konnte, über die Student*innen bis zu allen Statusgruppen. Für die Umsetzung wurden auf der einen Seite kleinere, gerahmte Formate wie studentische Projekte und das Engagement in AGs genannt und auf der anderen Seite offene Formate zur Sammlung aller Ideen vorgeschlagen. Bei der Umsetzung gab es ebenfalls verschiedenste Vorstellungen, die von der Verantwortung der Fakultäten, potenzielle Nutzer*innen anzusprechen, bis hin zu der Forderung nach einem professionellen, externen Planungsteam reichten. Wieder andere schlugen vor, die Diskussion erst zu öffnen, wenn ein Entwurf für das Projekt bereits stehe und auch eine stufenweise Steigerung der Mitwirkenden wurde beschrieben, allerdings nur zu bestimmten Themenbereichen und aufgrund spezieller Fähigkeiten, nicht anhand der individuellen Betroffenheit.

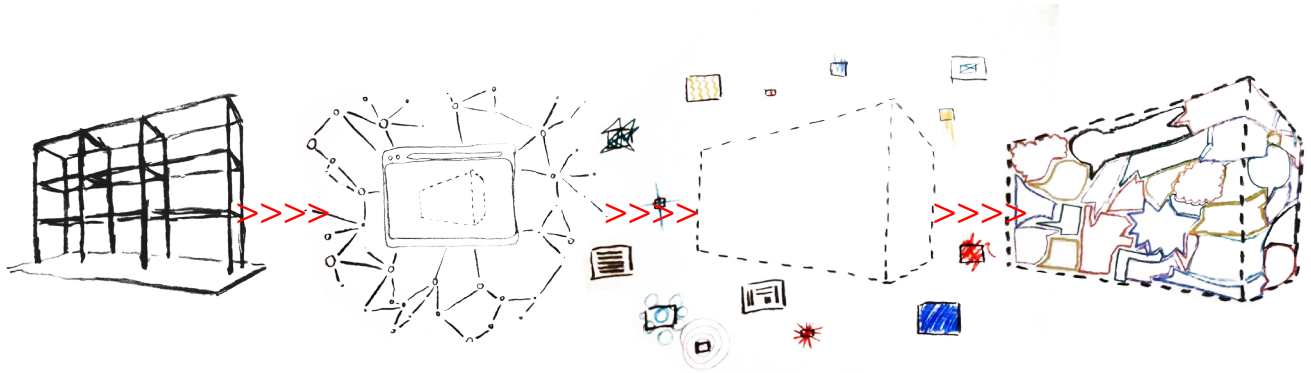
Insgesamt bewerteten die Interviewpartner*innen den Planungsprozess als einen Prozess in einem noch sehr frühen Stadium und selbst bei den meisten aktiv Beteiligten herrscht Unklarheit über die Zuständigkeiten und Planungen der Anderen. Die Informationen sind meist unklar und es wurde angemerkt, dass es kaum Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen gibt und wenn, diese oft sehr schleppend ist. Es scheint, dass teilweise die Bearbeitungskompetenz beziehungsweise die Arbeitskraft für manche Teile des Prozesses fehlen. Auf der anderen Seite wurde aber mehrfach die Initiative der Hochschule, selbst zu planen – ohne klassischen Entwurfsprozess mit Wettbewerb – hervorgehoben. Die Zusammenführung der drei Nutzungen in einem Gebäude wurde als zufällig oder beliebig kritisiert, während der *STEP 2025* und das Präsidium in anderen Ausführungen eine bewusste Synergie sehen. Generell ist der Prozess von widersprüchlichen Nutzungsansprüchen geprägt und die Beteiligten und zu Beteiligenden, beziehungsweise die Verantwortung zur Einbeziehung, sind nicht klar. Dies spiegelt sich auch in den sehr unterschiedlichen Verständnissen von Beteiligung wider.

Alle Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung von Partizipation, haben aber unterschiedlichste Vorstellungen davon. Ein großer Teil subsumiert darunter eher Information oder studentische Projekte oder verweist auf die bestehenden Gremienstrukturen. Teilweise vertreten die Interviewpartner*innen die Meinung, dass formelle, also vorgeschriebene und geregelte, Beteiligung ausreichend ist, während andere die Betroffenen direkt ansprechen und einbeziehen wollen. Hierbei werden auch Vorstellungen von Beteiligung vertreten, die sich nicht mit einem gleichberechtigten Partizipationsbegriff verbinden lassen. Besonders bedeutend scheint jedoch die Tatsache, dass trotz der immer wieder betonten Bedeutung von Beteiligung die Verantwortung für Gestaltung des Partizipationsprozesses unklar ist und bisher von keinem*r Akteur*in prioritär übernommen wurde und werden möchte.

>>>

> Formate – Planen mit Alltags-expert*innen <

In einem Partizipationsprozess gibt es grob fünf Schritte: **Information** über das geplante Vorhaben, **Einbringung der Ideen** der zukünftigen Nutzer*innen, dann **Entwicklung eines Konzepts** auf Basis der eingebrachten Ideen und am Ende die **Rückkopplung** des Konzepts in Form einer **Evaluation** und **Überarbeitung** des Konzepts mit den Anregungen und Verbesserungsvorschlägen.



Im Folgenden werden grob die nötigen Schritte, die mindestens gegangen werden müssen, anhand exemplarischer Beteiligungsformate skizziert. Der erste Schritt – Information – ist die Grundvoraussetzung für eine Beteiligung, denn wer nicht weiß, dass etwas geplant ist, kann auch seine*ihre Ideen nicht miteinbringen. In Form einer Infoauftaktveranstaltung soll Aufmerksamkeit für das Thema gewonnen werden. Eine Informationsplattform – sowohl digital als auch vor Ort – hält die Interessierten über den Stand der Planung auf dem Laufenden und infomiert über Termine und Formen der Mitbestimmung. Parallel dazu können auf sogenannten Wunschpostkarten Anregungen und Wünsche gesammelt werden, die dann als Ideen in den Prozess einfließen und/oder vorher in Workshops näher diskutiert werden. Sie dienen auch der Information, werden an prominenten Orten ausgelegt und in Briefkästen nahe dem Auslegungsort wieder eingesammelt. Dies ist auch in Form von digitalen Umfragen möglich.
Workshops können zum Beispiel als *Uni-selber-machen-Werkstatt* oder Mapping angeboten werden und dienen der Informationsbeschaffung. Welche Bedürfnisse haben die künftigen Nutzer*innen? Welche Ideen und Anregungen? Dabei soll auf das Alltagswissen der Nutzer*innen zurückgegriffen werden. Diese sollten an mehreren Orten und zu verschiedenen Zeiten, um möglichst vielen Universitätsmitgliedern eine Teilnahme zu ermöglichen, stattfinden und auch gut beworben haben. Teilnehmer*innen geben je nach Format ca. zwei Stunden ihren Input, der durch die Diskussion einen enormen Mehrwert für die Planung hat. Wunschpostkarten können

besprochen und bei Unklarheiten hinterfragt werden. Ein möglicher Ort wäre ein Stand direkt am *x.stahl* – wir haben ihn *Ideenkneipe* genannt – an dem Workshops stattfinden und Informationen gebündelt verbreitet werden. Als sichtbarer Ort auf dem Campus würde Aufmerksamkeit geschaffen, ein direkter Bezug zum Ort erreicht und Diskussionen angeregt.
Mit den eingebrachten Ideen kann dann ein Konzept erarbeitet werden, welches im nächsten Schritt präsentiert wird. Dafür ist eine Veranstaltung sinnvoll, welche über die zuvor etablierten Kanäle (digitale Informationsplattform und *Ideenkneipe*) beworben werden kann. Nach der Information folgen Workshops zur Rückkopplung und Sicherstellung, dass das Konzept mit den Vorstellungen und Wünschen der künftigen Nutzer*innen übereinstimmt. Kritikpunkte können vorgebracht und diskutiert werden. Begleitend gibt es niedrigschwellige Angebote, wie beispielsweise das Aufstellen von Infowänden, die kommentiert und mit Klebepunkten versehen werden können. Gleiches Verfahren gilt auch für die Gestaltung des entstehenden Bauwerks. Die Kritikpunkte werden in das Konzept bzw. den Entwurf eingearbeitet und umgesetzt. In den Steckbriefen sind einige Formate beispielhaft näher erklärt. Die Liste ist nicht abschließend. Je nach Zeitpunkt im Prozess und der Zielgruppe der zu beteiligenden Personen können die Formate variieren, sodass sie der jeweiligen Situation angepasst sind.

< Abb. 7: Ablauf eines partizipativen Planungsprozesses (eigene Darstellung).

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

> Beispiel-Formate für einen exemplarischen Partizipationsprozess <

INFORMATIONSPLATTFORM

Zeitpunkt
> ab jetzt
> kontinuierlich den Prozess begleitend und immer aktuell

Ziel
> Informationsbereitstellung
> Infos zu Ablauf, Planungsstand, Terminen, Beteiligungsmöglichkeiten und bestehenden Ideen
> Transparenz
> Präsentation von Ideen
> Beteiligungsformate ankündigen und zugänglich machen

Wer wird erreicht?
> alle Mitglieder der Universität
> interessierte Öffentlichkeit

Durchführung
> Etablierung der Webseite durch Universitätsleitung
> Universitätsleitung und in Prozessorganisation involvierte (bspw. Servicezentrum Liegenschaften oder mit Konzepten Beauftragte) pflegen die Seite und halten sie aktuell
> Umsetzung durch Universitätskommunikation
> Ankündigung der Infoplattform per E-Mail an alle Mitglieder der Universität
> wichtige Neuerungen ebenfalls auf der Pinnwand ankündigen
> ggf. Kommentarfunktion, um direktes Feedback einzuholen, Kommentare dürfen aber nicht ins Leere verlaufen, sondern müssen moderiert werden

Ort
> prominent in die Webseite der Universität integriert
> Banner auf der Startseite

Dauer
> gesamter Beteiligungsprozesse und auch den Bauprozess begleitend

INFOS AM x.stahl

Zeitpunkt
> ab jetzt
> kontinuierlich den Prozess begleitend und immer aktuell

Ziel
> Informationsbereitstellung
> Infos zu Ablauf, Planungsstand, Terminen, Beteiligungsmöglichkeiten und bestehenden Ideen
> Verständlich machen von Abläufen
> Präsentation von Ideen
> Beteiligungsformate ankündigen und zugänglich machen
> geplante Raumdimensionen aufzeigen
> erster Schritt zur Ideenkneipe

Wer wird erreicht?
> alle Mitglieder der Universität
> interessierte Öffentlichkeit
> Passant*innen

Durchführung
> Informationen der Infoplattform aufbereiten und auf Plakate/Tafel drucken
> im Verlauf flexibel durch weitere Plakate ergänzen
> gegenseitiges Bewerben mit Infoplattform

Ort
> am x.stahl

Dauer
> gesamter Beteiligungsprozess und auch den Bauprozess begleitend

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Ideenkneipe>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

IDEENKNEIPE

Zeitpunkt

> frühzeitig starten, darf aber auch über die Zeit wachsen und größer werden

Ziel

> kontinuierlicher Sammelpunkt von Informationen
> Aufmerksamkeit „Hier passiert etwas! Hier soll mitgemacht werden!“
> direktere Ansprache vor Ort
> Ort der Diskussion als Katalysator für Partizipationsmethoden

Wer wird erreicht?

> niedrigschwellig alle Menschen vor Ort

Durchführung

> Aufbau mit der Universitätsleitung absprechen
> Wegweiser etablieren
> Bauliche Startstruktur entwerfen und bauen (Aufenthaltsort draußen oder drinnen? Heizbar oder SoSe 2021? Informationstafeln)
> Ausgangpunkt für Partizipationsmethoden vor Ort
> Regelmäßige Zusammenkünfte/ Öffnungszeiten -> informelle Diskussionen
    Bierchen
    Grillen
    Ideenernte
    Podium

Ort

> Idealfall: Pavillonstruktur im x.stahl
> Wegweiser zum x.stahl

Dauer

> Rückbau kurz vor Baubeginn des neuen Kubus „Sich die Klinke in die Hand geben“

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Ideenkneipe>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Wunschpostkarten>>>>>>>>>>>>>>>>

WUNSCHPOSTKARTEN

Zeitpunkt
> frühzeitig im Planungsprozess

Ziel
> Information der Menschen, Anregung des Einbringens > Grundstein für Interesse und Kommunikation
> Bedarfsabfrage/Wunschproduktion

Wer wird erreicht?
> alle, die vorbeikommen, Postkarten als niedrigschwelliges Angebot

Durchführung
> Auslegen der Postkarten an unterschiedlichen Orten
> auf Postkarten ist Platz, um grundlegende Informationen zum Planungsprozess und möglichen Veranstaltungen zu liefern sowie Wünsche und Vorstellungen zu äußern
Information zum aktuellen Prozess
offen gestellte Fragen (s. Abb.?)
> Aufstellen von Briefkästen in unmittelbarer Nähe der Auslagestellen, um Karten zu sammeln
> Einscannen von einem auf der Karte abgedruckten QR-Code möglich, der zu weiteren Informationen sowie einer ausführlicheren Umfrage führt
> Auswertung der Ergebnisse kann auf Infoplattform und möglichen Informationsveranstaltungen präsentiert sowie diskutiert werden

Ort:
> unterschiedliche, häufig frequentierte Orte (Universitätsbibliothek, Mensazelt, M18, x.stahl etc.)
> Ergänzung mit weiterführender Onlineumfrage über Informationsplattform, Uniwebsite o.ä.

Dauer:
> min. 3 Wochen vor der Informationsveranstaltung/Workshop (2 Wochen Durchführung mindestens + Auswertung)

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Ideenkneipe>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Wunschpostkarten>>>>>>>>>>>>>>>>

STECKBRIEF WORLD-CAFÉ

Zeitpunkt:
> zu mehreren Zeitpunkten, sodass alle die Möglichkeit haben einen Termin wahrzunehmen
> während der Konzeption, sodass Ergebnisse einfließen können

Ziel:
> Ideen der zukünftigen Nutzer*innen einholen

Wer wird erreicht?
> zumeist Menschen, die schon Interesse an dem Prozess haben

Durchführung:
> Präsidium bzw. von Präsidium Beauftragte
> alle Teilnehmer*innen werden auf den gleichen Informationsstand zur Planung gebracht
Genaues Ziel der Veranstaltung wird kommuniziert und der Handlungsrahmen wird festgesetzt
> Gruppe teilt sich auf verschiedene Tische auf und diskutiert über die Frage: Was sind eure Bedürfnisse?
> Dann wird je Tisch eine dieser Fragen gestellt: Was versteht ihr unter dem Begriff Galerie? Was versteht ihr unter dem Begriff Forschungswerkstatt? Was versteht ihr unter dem Begriff Lernwerkstatt?
bei dem Prozess werden Ergebnisse möglichst schriftlich festgehalten
ein*e Moderator*in hilft die Diskussion zu strukturieren
optional können sich die Gruppen zwischendrin durchmischen
genauen Zeitrahmen festlegen und optimalerweise einhalten
> Ergebnisse zusammentragen und je nach Bedarf diskutieren
> Synthese (evtl. mögliche Lösungsansätze formulieren)
> Feedback (wie habt ihr das World-Café empfunden?)

Ort:
> an dem Menschen vorbeikommen
Ideenkneipe
auf dem Campus
direkt vor Ort am x.stahl
Oberlichtsaal
> optimalerweise an verschiedenen Orten

Dauer:
> ca. 2 Stunden

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Ideenkneipe>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Wunschpostkarten>>>>>>>>>>>>>>>>

MAPPING WORKSHOP Wo studieren wir? Wo ist Uni?

Zeitpunkt
> im Rahmen des Partizipationsprozesses zum x.stahl
> kann öfter wiederholt werden

Ziel
> Erweiterung der Partizipationsprozesse auf einen größeren Kontext
> der Campus ist nicht die Summe seiner Gebäude

Wer wird erreicht?
> Nutzer*innen des Campus/ der öffentlichen Freiflächen der Uni

Durchführung
> Werbung und Aufruf zur Teilnahme (max. 20 pro Workshop)
> Input-Vortrag über bestehende Kartierungen des Campus: Was sagen sie aus? Was bilden sie ab? Womit können sie ergänzt werden?
> Mental Maps/Bedarfsmapping
spontanes, intuitives Kartieren von Räumen des eigenen alltäglichen Lebens
lässt Schlussfolgerungen über die Rolle der Orte und seine Verbindungen zu
> Was soll bleiben? Was kann sich wie verändern? (evtl. weitere, konkretere Fragestellungen formulieren)

Ort
> Campus/Campus-Süd

Dauer
> 2h

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>Informationsplattform>>>>>>>>>>>>>>>>>>>

> Schluss-folgerungen: Architektur von Allen für Alle <

Eine Verknüpfung der Informationen aus der Beantwortung der grundlegenden Fragestellungen mit den Synthesen aus den geführten Interviews erlaubt einige Schlussfolgerungen zum Planen und Bauen an der *Bauhaus-Universität Weimar*. Ein Teil der Schlussfolgerungen lassen sich auch zu hochschulpolitischen Forderungen nach partizipativer planerischer Praxis weiterdenken.

Spätestens seit der konkreten Ankündigung eines universitären Neubaus im *STEP 2025* der *Bauhaus-Universität Weimar* wurde Raum für konkretere, planerische Überlegungen geschaffen. Dass schon in der Präambel die bauliche Erweiterung verkündet wird, zeugt von der tragenden Bedeutung, die dem neuen Gebäude im Rahmen der Universitätsentwicklung zugeschrieben wird: Im neuen Kubus wird die Chance gesehen, eine seit Jahren angestrebte universitäre Entwicklung zu materialisieren. Der Neubau soll das gemeinsame Profil der Universität abbilden. Interdisziplinarität scheint hier ein Hauptaspekt darzustellen. Im neuen Gebäude sollen die unterschiedlichen Disziplinen und Fachrichtungen der in Weimar unterrichteten Studiengänge und Forschungsvorhaben zusammenkommen. Auch der Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden soll ermöglicht werden. Es soll ein Raum der Begegnung geschaffen werden. Verknüpft werden diese Vorstellungen mit einem Anspruch der Internationalität. Der angesprochene Austausch soll sich nicht nur auf den Weimarer Universitätskontext beziehen, sondern entwickelt auch einen globalen Anspruch.

Des Weiteren wird den beschriebenen Ansprüchen bereits ein grobes Nutzungskonzept beiseitegestellt, welches von einer Galerie, Lern- und Forschungswerkstatt spricht (BUW 2019b: 2). Es bestehen also schon Planungsansätze und die Interviews haben ergeben, dass auch die bisher Involvierten bereits begonnen haben, das angerissene Nutzungskonzept aus dem *STEP 2025* wiederum mit eigenen, unterschiedlichen Ideen und Erwartungen zu füllen. Trotzdem sind die Konzepte noch relativ vage. Auch deshalb scheint jetzt der richtige Moment zu sein, eine Öffnung der Diskussion vorzubereiten. Damit partizipative Formate ansetzen können, bevor bestehende Vorstellungen so weit verfestigt sind, dass neu hinzukommende Nutzungsideen nur noch schwer integriert werden können.

Wenn allerdings keine*r weiß, dass eine große bauliche Änderung ansteht, kann auch keine*r wirksam in die Diskussion einsteigen und schlussendlich auch nicht an ihr mitwirken. Zumal die große Chance besteht, dass die Universität selbst die Bauherrinnenschaft übernehmen kann und nicht, wie sonst üblich, die Prozesse aus dem Landesministerium vorgegeben werden. Erste Schritte müssen also eine Informationskampagne enthalten und Aufmerksamkeit für den Planungsprozess generieren. Ansonsten wird es später umso schwieriger Wünsche, Bedürfnisse und Ideen abzufragen.

Wie die im Vorfeld betrachteten Beispiele zeigen, braucht es für erfolgreiche partizipative Prozesse nicht nur teilnehmende

Alltagsexpert*innen, sondern auch für deren Durchführung ein gutes Konzept und klare Verantwortlichkeiten. Der im Wintersemester von Student*innen erarbeitete Entwurf einer Leitlinie zur Beteiligung bei Bauvorhaben an der *Bauhaus-Universität Weimar* kann dafür bereits einige Ansatzpunkte liefern. In den Interviews wurde allerdings ebenfalls deutlich, dass in Bezug auf einen partizipativen Planungsprozess rund um den *x.stahl* momentan weder Konzepte noch Verantwortlichkeiten festgelegt sind. Auch die grundlegende Frage, welche Gruppen der Universität aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrungen einen Beitrag leisten können, bleibt momentan unbeantwortet. Keine*r der bisher Involvierten nimmt es sich selbst zur Aufgabe, größere, bisher nicht beteiligte, zukünftige Nutzer*innengruppen aktiv in die Entscheidungsprozesse zu integrieren. Doch es reicht nicht aus, auf eine selbstermächtigende Beteiligung der Unbeteiligten und Nicht-Informierten zu warten und zu hoffen, um schließlich zu argumentieren, dass eine Mitwirkung theoretisch jederzeit möglich gewesen wäre. Wenn gemeinsames Planen das Ziel ist, müssen Einladungen ausgesprochen werden, denn die entstehende Architektur kann von dem Wissen der Menschen, deren Alltag sie ändern wird, nur profitieren.
Schlussendlich trägt schon die formulierte Erwartung an eine universitätsverbindende Architektur den Anspruch eines partizipativen und integrativen Planungsprozesses in sich. Der entstehende Neubau wird seinen verknüpfenden Aufgaben nur gerecht werden können, wenn bereits seine Planung versucht ihnen zu entsprechen. Wie diese Architektur und ihre Nutzungskonzepte aussehen können, wissen jene am besten, die sie schlussendlich auch beleben sollen.

>>>

Hang zum Leerlauf und Vergessen begegnet. Durch die wenigen Teilnehmer*innen und die Selbstbestimmtheit war ein Diskurs weit über Inhalte hinaus möglich. So haben wir in den Sitzungen nicht nur Ergebnisse ausgetauscht, sondern die komplette Vorgehensweise gemeinsam erdacht und immer wieder im Prozess angepasst und ausgefeilt. Dadurch war der Reflexionsgrad des Arbeitsstandes bereits innerhalb des Semesters hoch. Dennoch führte die Reduktion auf den digitalen Raum dazu, dass wir viele Ideen, die im Vorhinein bestanden, nicht umsetzen konnten. So hatten wir uns ursprünglich überlegt, die erdachten Formate vor Ort zu erproben. Aber auch die besonderen Umstände und das verkürzte Semester haben uns an manchen Stellen die vorgenommen Tiefgründigkeit verwehrt.

Da alle Teilnehmer*innen einen Urbanistik-Hintergrund haben, war es spannend zu sehen, wie ein Projektstudium alternativ und selbstbestimmt gestalten werden kann. Mit der Aktualität und räumlichen Nähe des Untersuchungsgegenstands ist eine hohe Identifikation mit dem Projekt und seinen Ergebnissen entstanden, die zwar in klassischen Planungsprojekten auch erdacht ist, dann aber in der Praxis zumeist nicht entsteht.

Insgesamt ist die Auseinandersetzung mit dem *x.stahl*-Prozess eher als Anstoß zu sehen und soll in keinem Fall als abgeschlossen betrachtet werden. Ziel war es, einen Anreiz zu schaffen, die Ergebnisse aus dem Seminar *Gemeinsam Planen?!* in den Planungen um den *x.stahl* zu verstetigen. Weiterhin soll mit diesem Projekt und den Ergebnissen betont werden, dass es nicht reicht, auf lose studentische Initiative zur Demokratisierung der Universität zu hoffen, sondern feste Verantwortlichkeiten und Gelder unabdingbar sind. Ob die Verantwortlichen an der Universität sich dem Partizipationsbedarf nun wirklich annehmen, ist zu hoffen, die Grundlagen dafür sind aber vorhanden und der Prozess hoffentlich angestoßen.

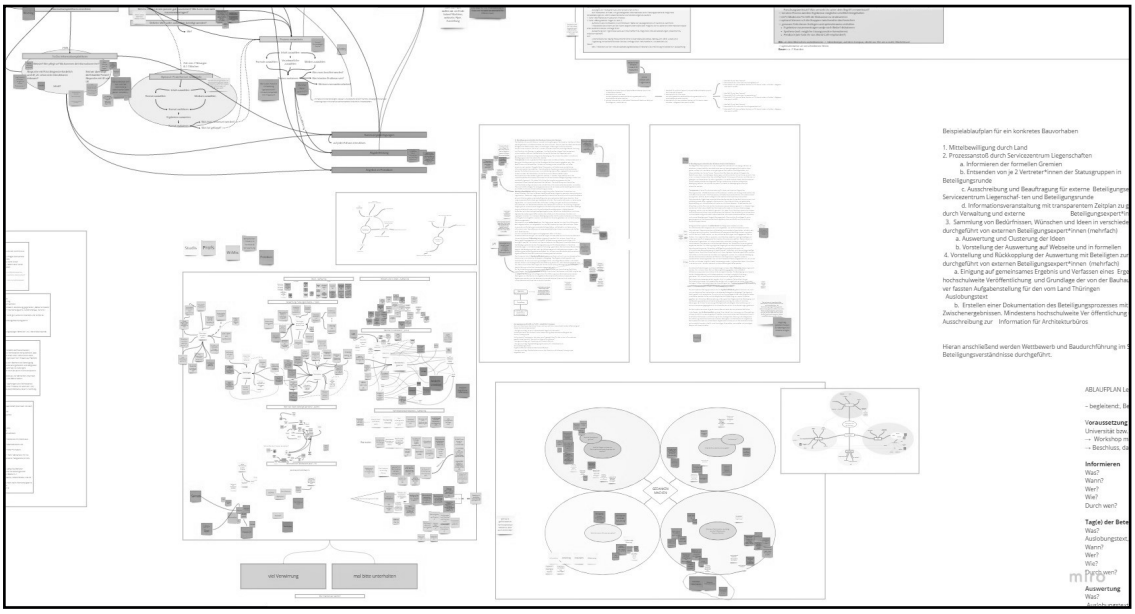


Abb. 8: Miro-Arbeitsboard (eigene Darstellung).

>>>

> Quellen <

Arnstein, Sherry R. 1969. A Ladder Of Citizen Participation. Journal of the American Planning Association, 35 (4): 216-224.

[BUW] Bauhaus-Universität Weimar (Hg.) 2019a. Grundordnung der Bauhaus-Universität Weimar. URL: https://www.uni-weimar.de/fileadmin/user/uni/ universitaetsleitung/rektor/Ordnungen_Berichte/19_2019_Grundord nung.pdf (18.06.2020).

[BUW] Bauhaus-Universität Weimar (Hg.) 2019b. STEP 2019-2025. Struktur- und Entwicklungsplan der Bauhaus-Universität Weimar. URL: https://www.uni-weimar.de/fileadmin/user/uni/universitaetsleitung/rektor/uni-intern/Step/BUW_STEP_2019-2025_FINAL_Stand_12022020.pdf (22.07.2020).

[bipar] Berlin Institut für Partizipation (Hg.) 2020. DAS VERLORENE JAHR?
AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DIE BÜRGERBETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND. URL: https://www.bipar.de/wp-content/uploads/2020/05/bipar_Auswirkungen-von-COVID-19-auf-die-Bu%CC%88rgerbeteiligung.pdf (14.05.2020).

Bündnis Partizipation (Hg.) 2019. Tag der Partizipation - Dokumentation und Ausblick. URL: https://m18.uni-weimar.de/tdp-doku (18.06.2020).

Hofmann, Susanne 2014. Partizipation Macht Architektur – Die Baupiloten Methoden und Projekte. Berlin: jovis Verlag.

[MIL] Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (Hg.) (o.J.) E-Partizipation: Flexible Beteiligung unabhängig von Ort und Zeit. URL: https://buergerbeteiligung-mil.brandenburg.de/bbp/de/wege-zur-beteiligung/kommunikation-und-oeffentlichkeitsarbeit/e-partizipation/ (14.05.2020).

Redecke, Sebastian 1996. 13 neue Studienhäuser für die Hochschule. Der Wettbewerb hinter dem Hauptgebäude von Henry van de Velde in Weimar ergab einen überraschend einfachen und schlüssigen 1. Preis. Bei der Ausbildung will man gleichzeitig Traditionen fortführen und Neues versuchen. Bauwelt 1996 (14): 819.

Romahn, Ilse 2020. Frankfurt Nordwest – Bürgerbeteiligung geht trotz Corona weiter:
Online-Beteiligung zur Gestaltung des neuen Stadtteils der Quartiere startet. URL: https://www.frankfurt-live.com/frankfurt-nordwest--ndash-b-uumlrgerbeteiligung-geht-trotz-corona-weiter-121792.html (14.05.2020).

Rudolf, Bernd 2010. Die Konstruktion der Dekonstruktion. URL: https://www.uni-weimar.de/projekte/expostahl/aktuell_mitteilung.html (10.06.2020).

Rudolf, Bernd 2020. Master_Projekte. URL: https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/bauformenlehre/lehre-master/master-projekte/ (10.06.2020).

Stadt Frankfurt am Main (o.J.) Online-Beteiligung zur Gestaltung des neuen Stadtteils der Quartiere im Frankfurter Nordwesten! URL: https://www.ffm.de/frankfurt/de/flexPrjList/53541 (14.05.2020).

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft 2018. Thüringer Hochschulgesetz mit Thüringer Hochschulgebühren- und -entgelt Gesetz. URL: https://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1767.pdf (18.06.2020).

> Abbildungen <

Abb. 1: Die 5 Schlagwörter der gelungenen Partizipation (eigene Darstellung).

Abb. 2: Das Studierendenwohnheim Sigmunds Hof, erarbeitet mit niedrigschwelligen partizipativen Formaten (http://www.deutscherbauherrenpreis.de/projekt/berlin-siegmunds-hof/ [letzter Zugriff am 31.07.2020]).

Abb. 3: Darstellungen zum sogenannten Masterplan der weiteren baulichen Entwicklung auf dem Van-de-Velde-Campus. Zu sehen sind 13 Baufelder für neue Studienhäuser. Der x.stahl nimmt eines dieser Felder ein. (Redecke 1996).

Abb. 4: Der x.stahl mit temporärer summaery-Nutzung (Rudolf o.J. URL: https://www.uni-weimar.de/en/architecture-and-urbanism/chairs/bauformenlehre/architektur-forschung/angewandte-architekturforschung/xstahl/ [letzter Zugriff am 31.07.2020]).

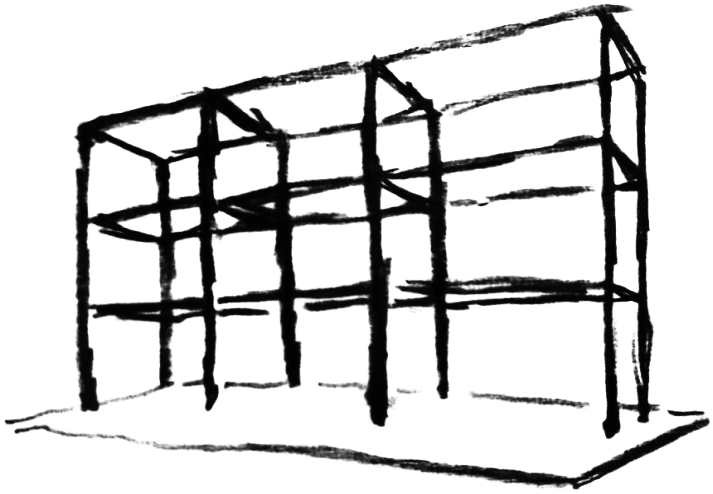
Abb. 5: Themenschwerpunkte der Interviewpartner*innen (eigene Darstellung).

Abb. 6: Cluster für die Interviewsynthese (eigene Darstellung.)

Abb. 7: Ablauf eines partizipativen Planungsprozesses (eigene Darstellung).

Abb. 8: Miro-Arbeitsboard (eigene Darstellung).

∧ ∨



>
Sommersemester 2020
<